

Pressemitteilung

**ZIA warnt: Deutschland muss dem zunehmenden Mangel an
Heim- und Pflegeplätzen früh entgegensteuern**

**Berlin, 10.2.2023** – Angesichts von mehreren Insolvenzen von Senioren-Wohn- und Pflegeheimbetreibern warnt der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) vor bedrohlichen Engpässen für die Versorgung einer alternden Gesellschaft. „Wir müssen aus den Fehlern bei der Wohnungswirtschaft lernen und einem zunehmenden Mangel an Heim- und Pflegeplätzen früh entgegensteuern“, warnt ZIA-Vizepräsidentin Iris Schöberl. „Finanzielle Schwächen bei den Betreibenden könnten eine extreme Zurückhaltung beim Bau neuer Immobilien auslösen.“ Das zweitälteste Land der Welt solle „diese Warnsignale ernst nehmen, wenn es für die Zukunft von Seniorinnen und Senioren buchstäblich vorsorgen will“.

Hintergrund: Aufgrund der demografischen Entwicklung und einer wachsenden Anzahl von Pflegebedürftigen werden in Deutschland Schätzungen zufolge etwa 160.000 zusätzliche Pflegeplätze bis 2030 gebraucht. Aktuell verschärfen Insolvenzen von Senioren-Wohn- und Pflegeheimbetreibenden oder auch einzelne Heimschließungen aufgrund gestiegener Kosten die Situation weiter. Pflegeheimbetreiber haben mit extrem gestiegenen Kosten für Wärme und Energie zu kämpfen. Zwar können diese die Energiekostenübernahme mit dem Kostenträger neu verhandeln, leider findet dies aber zeitlich sehr verzögert statt.

Kurzfristig können staatliche Sofortprogramme zur Stabilisierung von Einrichtungen Abhilfe schaffen, bevor die Betreibenden in Insolvenzgefahr kommen. Der ZIA fordert daher die Umsetzung der von der Bundesregierung bereits angekündigten finanziellen Entlastungen für Betreiber von Senioren-Wohn- und Pflegeimmobilien, um diesen Negativtrend in der aktuellen Situation zu stoppen. Deren wachsende finanzielle Engpässe könnten zudem auf Dauer auch den Markt für Pflegeimmobilien bremsen. Wegen weiterer Negativ-Effekte – steigende Zinsen, dramatisch hohe Energiekosten, steigende Baukosten – entsteht zunehmend Druck auf Investorinnen und Investoren, der sie abschrecken könnte: Der dringend benötigte Neubau kommt ins Stocken. Hierfür müssen Lösungen gefunden werden, um die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für Pflegebedürftige wieder attraktiv zu machen.

„Wir beobachten schon jetzt einen Rückgang der Investitionen. Angesichts der weiteren Bevölkerungsentwicklung muss aber die Politik hier dringend gegensteuern“, sagt Schöberl. Hinzu kommt ein ausgeprägter Mangel an Fach- und Hilfskräften. „Es braucht dringend Personal und attraktiven Wohn- und Lebensraum für ältere und pflegebedürftige Menschen in Deutschland. Das sind wir ihnen schuldig“, so Schöberl.

Der ZIA betont zugleich, dass Betreiberinnen und Betreiber mit Vermieterinnen und Vermietern hier im Schulterschluss agieren müssen.

--

**Der ZIA**

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA gibt der Immobilienwirtschaft in ihrer ganzen Vielfalt eine umfassende und einheitliche Interessenvertretung, die ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entspricht. Als Unternehmer- und Verbändeverband verleiht er der gesamten Immobilienwirtschaft eine Stimme auf nationaler und europäischer Ebene – und im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI). Präsident des Verbandes ist Dr. Andreas Mattner.

**Kontakt**

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Tel.: 030/20 21 585 23

E-Mail: presse@zia-deutschland.de

Internet: [www.zia-](http://www.zia-deutschland.de/) deutschland.de

